

Wie Aurélie Ponthieu von "Ärzte ohne Grenzen" den Flüchtlings-Deal der EU mit der Türkei einschätzt

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 049/16 – 08.04.16

Flüchtlingskrise: Warum der Deal der EU mit der Türkei keine Lösung ist

Ein Appell von Aurélie Ponthieu, der Menschenrechtsberaterin der MSF
Médecins sans Frontières, 18.03.15

(<http://www.msf.org.uk/article/refugee-crisis-why-the-eu-s-deal-with-turkey-is-no-solution>)

Es wird Zeit, dass sich die Regierungen der europäischen Staaten der Realität stellen und eine gemeinsame, verantwortungsvolle, humane, die Menschenwürde achtende Antwort auf die nicht zu stoppende Schutzsuche von Menschen finden.

Der mit der Türkei ausgehandelte Deal zeigt erneut, dass die führenden Politiker Europas jeden Bezug zur Realität verloren haben.

Wenn diese zynische Vereinbarung umgesetzt wird, werden alle Flüchtlinge, die unter Lebensgefahr übers Meer nach Griechenland gekommen sind, in die Türkei zurückgebracht; für jeden zurückgeführten Menschen aus Syrien, darf dann ein anderer Mensch aus Syrien, der sich in einem Flüchtlingslager in der Türkei befindet, in die EU einreisen.

Diese rein rechnerische Kalkulation reduziert die Menschen auf bloße Nummern und verweigert ihnen jede humane Behandlung und das Recht, in Europa Schutz zu suchen.

Diese Menschen sind nicht nur Nummern, sondern Kinder, Frauen und Männer und ganze Familien.

Rund 88 Prozent der Menschen, die über die Balkanroute flüchten, kommen aus Staaten, in denen (unter Beteiligung europäischer Staaten) Krieg geführt wird, oder weil sie verfolgt wurden, und mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen und Kinder.

Sie sollten human, respektvoll und unter Wahrung ihrer Menschenwürde und ihrer Rechte behandelt werden.

Die Folgen für die Flüchtlinge

In Griechenland und in anderen Balkanländern wird täglich die Menschenwürde der Flüchtlinge verletzt: durch gewaltsame Zurückweisung an den Grenzen und unmenschliche Unterbringung.

Trotz der Versicherungen des Rates der EU wird diesen Menschen das Recht auf Asyl in Europa verweigert; sie werden in die Türkei zurückgeschickt – in ein Land, das bereits fast drei Millionen registrierte Flüchtlinge beherbergt; dort werden sie nur neues Leid erdulden müssen, und ihre Chancen, doch noch in die EU zu kommen, werden sehr gering sein.

Wir können den Tausenden von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, nicht einfach den Rücken zukehren, der humanitären Krise in Griechenland tatenlos zusehen und uns mit Geldzahlungen von jeder Verantwortung freikaufen.

Die Situation in Griechenland

Die EU scheint zu hoffen, mit der (bewusst herbeigeführten) humanitären Krise in Griechenland andere Menschen von der Flucht abschrecken zu können.

Das ist kurzsichtig und unbarmherzig. Die in Griechenland vorhandenen Unterkünfte zur Unterbringung der Flüchtlinge sind bereits überlastet, weil gegenwärtig mehr als 40.000 Kinder, Frauen und Männer dort gestrandet sind.

Mindestens 12.000 von ihnen sitzen in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien fest, und unsere Ärzte-Teams können den bereits auf europäischem Boden geborenen Säuglingen, die in kalten Zelten versorgt werden müssen, nicht helfen.

Die von humanitären Organisationen und Freiwilligen unternommenen Versuche, die behelfsmäßigen Unterkünfte zu verbessern, reichen nicht aus, um alle Gestrandeten unterzubringen.

Die von der EU zugesagte Hilfe für Griechenland und die Türkei

Mit den getroffenen Vereinbarungen versucht sich die EU von den humanitären Folgen des unverantwortlichen Handelns ihrer Mitgliedsstaaten freizukaufen. Mit Geld will sie die Flüchtlinge und Migranten von ihren Küsten "fernhalten".

Das ist inakzeptabel. Humanitäre Hilfe sollte sich nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach politischen Vereinbarungen richten. Damit können sich europäische Regierungen nicht von ihrer Verpflichtung befreien, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren.

Die EU versucht durch ihren Deal mit der Türkei aber genau das zu tun, um die "Flüchtlingskrise" zu lösen.

Die für bereits in der Türkei befindliche Syrer aushandelte Möglichkeit, doch noch Asyl in der EU beantragen zu können, genügt nicht dem Anspruch der Flüchtlinge auf Hilfe und Schutz, sie soll nur den Flüchtlingsstrom nach Europa stoppen.

In einer Zeit, in der Millionen Menschen auf der Flucht (vor Armut, Verfolgung und Krieg) sind, ist es eine Schande, dass die EU nur noch Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen will, und zwar nur so viele, wie vorher aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickt wurden.

Nach unserer Erfahrung werden hastig errichtete, mit Stacheldraht verstärkte Zäune die Flucht der Menschen in die EU nicht stoppen können.

Mit dieser Strategie werden die führenden europäischen Politiker die von ihnen mitverursachte Flüchtlingskrise nicht lösen können: Das Fehlen sicherer Fluchtrouten zwingt die Menschen dazu, sich Schleusern anzuvertrauen und auf unsicheren Booten das Meer zu überqueren, und die (ungerechte) Regel, im zuerst betretenen Land Asyl beantragen zu müssen, benachteiligt die südeuropäischen Staaten.

Diese problematischen Mängel wurden durch die Vereinbarung nicht beseitigt. Die Rückführung (in die Türkei) ist nicht geregelt; außerdem wurde kein sicherer Weg zum Verlassen Griechenlands vereinbart, dessen System zur Entgegennahme von Asylanträgen noch immer nicht funktioniert. Von den 160.000 von der EU akzeptierten Asylanträgen konnten bisher erst 937 aufgeteilt werden, und von den 20.000 Abzuschiebenden wurden erst 4.555 zurückgeschickt.

Der Deal der EU mit der Türkei und die humanitäre Hilfe zur Unterbringung von Flüchtlingen in Griechenland werden den Menschen, die Schutz und Sicherheit in Europa suchen, nicht weiterhelfen.

Es wird Zeit, dass sich die Regierungen der europäischen Staaten der Realität stellen und eine gemeinsame, verantwortungsbewusste, humane, die Menschenwürde achtende Lösung für die Aufnahme der Menschen finden, die für sich selbst und ihre Kinder einen sicheren Weg nach Europa brauchen.

(Wir haben den Appell der Ärzte ohne Grenzen [s. <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/>] komplett übersetzt und mit erläuternden Ergänzungen in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Refugee crisis:

Why the EU's deal with Turkey is no solution

An Interview with Aurélie Ponthieu, MSF's humanitarian advisor
18.03.2016

"It is time European governments start facing reality and provide a responsible, common, humane and dignified response to people's unstoppable search for protection.

"The proposed deal with Turkey shows once again how European leaders have completely lost track of reality.

"If this cynical agreement is implemented, for each Syrian that risks their life at sea another Syrian will have the chance to reach Europe from Turkey.

"This crude calculation reduces people to mere numbers, denying them humane treatment and discarding their right to seek protection in Europe.

"These people are not numbers, but men, women, children and families.

"Around 88% of those using this route are coming from refugee producing countries, and more than half of them are women and children.

"They should be treated humanely and in full respect of their rights and dignity.

"Humanitarian assistance should be based on needs, not on political agendas."

Immediate humanitarian consequences

"We are already seeing regular violations of people's dignity on a daily basis in Greece and across the Balkans: arbitrary push-backs, violence at borders, inhumane reception conditions.

“Despite what the EU council might say, a plan that aims to stop these people from seeking asylum in Europe and returning them to Turkey - a country that is already hosting close to three million registered refugees – is likely to produce additional suffering and is also completely unrealistic.

“The response cannot be to turn our back on thousands of people who have fled war and persecution, create a humanitarian crisis in Greece and then give cash to solve the problem.

The situation in Greece

“Europe seems to hope that the creation of another humanitarian crisis, this time in Greece, will deter others from coming.

“This is shortsighted and cruel. The existing infrastructure in Greece is already overwhelmed and as we speak, more than 40,000 men, women and children are currently stranded in the country.

“At least 12,000 of them are at the Greek-FYROM border in Idomeni where our teams are seeing dramatic scenes of children born on Europe’s soil and sleeping in the cold of a tent.

“The fragile efforts, mainly at the hands of humanitarian organisations and volunteers, to improve shelter capacities will be completely in vain if hundreds of thousands end up stranded in Greece.

Proposed EU support to Turkey and Greece

“With these new plans, the EU is only trying to alleviate the humanitarian consequences of its members’ irresponsible actions. EU humanitarian aid is becoming a tool for Europe to “contain” refugees and migrants away from its shores.

“This is unacceptable. Humanitarian assistance should be based on needs, not on political agendas and it will never represent an acceptable solution to the failure of European governments to adopt humane migration and asylum policies.

“The EU -Turkey proposed deal, presented as “the” solution to the so-called “crisis” affecting Europe, is a perfect illustration of this dangerous approach.

“The Voluntary Humanitarian admission scheme put forward for Syrians in Turkey is not based on refugees’ needs for assistance and protection, but on Turkey’s ability to stop “migration” to Europe.

“At a time when millions of people in the world are displaced, it is shameful that the only safe passage offered by the EU is conditional to the number of people they can send back.

“Our experience clearly shows that despite hastily built fences and barbed wire, people will continue to find ways to reach Europe.

“While European leaders continue to focus on the wrong strategy, they are only exacerbating the causes of their own policy-made crisis: the lack of safe, legal channels forcing people to sea and into the hands of smugglers, and the “first country of entry” rule putting unfair pressure on southern European countries and forcing people to transit on unsafe journeys through Europe.

“There has been no response to these highly problematic deficiencies. Relocation, a safe way to exit Greece and its dysfunctional asylum and reception system, is not functioning. Only 937 asylum seekers have been relocated out of the 160,000 promised and only 4,555 resettled out of 20,000.

“The EU-Turkey deal and the deployment of EU humanitarian aid to Greece will be no quick fix to the need people have to find safety and protection in Europe.

“It is time European governments start facing reality and provide a responsible, common, humane and dignified response to people’s unstoppable search for protection and a better life for themselves and their children, by providing a safe passage for those in need in dignity.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern